

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 94 (2014)
Heft: 1018

Artikel: "Die Schweiz wird nie energieautark sein"
Autor: Scheu, René / Leuthard, Doris
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735933>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Schweiz wird nie energieautark sein»

Welche Technologien soll die Politik wie fördern, um die Energieversorgung des Landes zu gewährleisten? Würde man hierzu am besten ganz auf den Import setzen? Doris Leuthard beantwortet Fragen, die sich aus unserem Energiedossier (Juni 2014) ergeben haben.

René Scheu korrespondiert mit Bundesrätin Doris Leuthard

Frau Leuthard, was genau hat Sie veranlasst, Ihre Position zur Kernenergie nach dem Reaktorunglück von Fukushima zu ändern?

Der Bundesrat hat einen Grundsatzentscheid für den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie getroffen, der auch durch das Parlament bestätigt wurde. In der Energiestrategie 2050 will der Bundesrat deswegen das Kernenergiegesetz dahingehend ändern, dass keine Rahmenbewilligungen für den Bau neuer Kernkraftwerke mehr erteilt werden dürfen. Ich habe meine Position gegenüber der Technologie nicht geändert. Sie hat vor allem wegen der CO₂-freien Produktion ihre Vorteile. In der Energiepolitik brauchen wir eine technologieoffene Diskussion. Derzeit überwiegen die Nachteile der Kernenergie deutlich. Die hohe Fachkompetenz ist aber weiterhin nötig, sei es beim Betrieb bestehender Werke, für die Stilllegung oder auch für die sicherheitstechnische Beurteilung.

Bei erneuerbaren Energien oder smarten Netzen geht die Politik pauschal davon aus, dass der technische Fortschritt gross sein und eine längerfristige Umsetzung der Energiestrategie des Bundesrats vereinfachen wird. Sind denn grosse und interessante Technologiesprünge nicht auch bei konventionellen Kraftwerkstechnologien zu erwarten – also bei der Kernkraft oder bei fossilen Kraftwerken? Sollte eine Energiepolitik und ihr Förder- bzw. Lenkungssystem nicht grundsätzlich offen sein für alle Technologien?

Wir gehen keineswegs von pauschalen Annahmen aus. Selbstverständlich sind auch bei konventionellen Kraftwerken technologische Weiterentwicklungen wahrscheinlich. Allerdings spricht man bei der Kerntechnologie seit Jahrzehnten davon. Die Energiepolitik muss für alle Technologien offen sein – nicht nur für Produktions-, sondern speziell auch für Effizienz- und Speichertechnologien. Da wir jetzt entscheiden müssen, wohin die Reise geht, ist klar, dass die erneuerbaren Energien die Nase vorne haben. Angesichts der allgemeinen Forderung nach mehr Marktnähe erscheint es zudem aber fraglich, ob der Staat für die technische Weiterentwicklung konventioneller Produktionsformen Subventionen sprechen soll. Solche Entwicklungen sollen durch die Technologieunternehmen im Markt erfolgen. Sie können sich so mit verbesserten, effizienteren Kraftwerkstechnologien differenzieren und sich Wettbewerbsvorteile verschaffen. Da muss sich der Staat nicht einmischen.

Doris Leuthard

ist seit 2006 Bundesrätin und seit 2010 Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).

René Scheu

ist Herausgeber und Chefredaktor dieses Magazins.

Gehen wir davon aus, dass weiterhin ein mässiges Bevölkerungswachstum von 1 Prozent pro Jahr stattfinden wird und dass deshalb der Stromverbrauch im Jahre 2050 circa 85 Milliarden kWh betragen wird und nicht nur 60 Milliarden kWh wie in der Botschaft des Bundesrats vom September 2013 geschätzt. Aus welchen Stromquellen wird diese zusätzliche Nachfrage dannzumal gedeckt werden können?

Es geht nicht darum, eine Stromproduktion aufzubauen, um einen hypothetischen Strombedarf zu decken. Wie für die Internationale Energieagentur (IEA) auch, hat für uns die Steigerung der Effizienz und damit die Reduktion des Verbrauchs erste Priorität. Die Nachfrageentwicklung muss jedoch auf jeden Fall genau und vorausschauend beobachtet werden. Dazu ist in der Energiestrategie ein Monitoring vorgesehen. Damit wird die Zielerreichung untersucht und die Effizienz, Effektivität und das Zusammenspiel der energiepolitischen Instrumente jeweils evaluiert. Bedenken Sie zudem, dass wir europaweit Überkapazitäten haben. Eine rein schweizerische Marktbetrachtung ist verfehlt.

Die Energiestrategie des Bundesrats will letztlich eine «Versorgungslücke» verhindern, indem der Ausbau von erneuerbaren Energien im Inland forciert und die Nachfrage reduziert wird. Gleichzeitig aber gibt es in Europa zu viel Strom. Warum erhöht die Schweiz nicht einfach die Stromimporte?

Die Schweiz war, ist und wird nie energieautark sein. Rund 80 Prozent des Energiebedarfs importieren wir heute – insbesondere fossile Brenn- und Treibstoffe und Kernbrennstoffe. Beim Strom sieht es anders aus. In den Wintermonaten sind wir auch hier seit vielen Jahren auf Stromimporte angewiesen. Der Bund hat das Potenzial der Erneuerbaren im Inland skizziert, daraus wurden

gewisse Zubauziele definiert, die in der Energiestrategie festgehalten sind. Werden diese Ziele nicht erreicht, müssen wir vermehrt Strom importieren. Der Markt und nicht der Staat entscheidet, ob die Investitionen in der Schweiz getätigt werden und wir hier neue Kraftwerke zubauen oder ob im Ausland investiert wird und wir vermehrt auf Import setzen.

Heimische Kraftwerksbetreiber beklagen sich über rekordtiefe Preise im europäischen Stromgrosshandel. Kann die Schweiz etwas gegen diesen Preissturz unternehmen? Und muss sie das aus Ihrer Sicht überhaupt?

Ich verstehe die Sorgen der vom schwierigen Handel betroffenen Stromproduzenten. Die Marktsituation ist angesichts der derzeit sehr tiefen Strompreise auf dem europäischen Markt tatsächlich schwierig. Allerdings entspricht es nicht meinem Verständnis von freier Marktwirtschaft, wenn der Staat nun hektisch mit Stützungsmaßnahmen ins Marktgeschehen eingreifen soll. Noch vor wenigen Jahren sprach man von Stromlücke, und die Strompreise waren rekordhoch; da haben sich die Betreiber ja auch nicht über die Marktentwicklung beklagt. Nun gilt es gemeinsam eine Baisse zu durchlaufen. Günstige Strompreise sind ja zudem nicht für alle Marktteilnehmer eine schlechte Nachricht. Ob Massnahmen nötig sind, wird daher derzeit geprüft.

Der Bundesrat will die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) in ein Prämienmodell mit Direktvermarktung überführen. Dabei handelt es sich etwas vereinfachend um eine marktnähere KEV. Deuten aber die negativen Erfahrungen in Deutschland nicht eher darauf hin, dass möglichst rasch eine gänzliche Abkehr von diesen Subventionsmodellen nötig ist?

Die Förderung von erneuerbarer Energie wird noch einige Jahre notwendig sein, dann soll die Förderwelt aber durch ein Lenkungssystem abgelöst werden. Dazu braucht es eine neue Verfassungsgrundlage. Die Verwaltung arbeitet bereits daran, Varianten für diesen Übergang in ein Lenkungssystem darzulegen. Die Vernehmlassungsvorlage dazu dürfte im Frühjahr 2015 vorliegen.

Was werden Sie unternehmen, damit das Parlament noch vor den Wahlen 2015 über die bundesrätliche Energiestrategie entscheiden kann, und wie stehen Sie zur Option, die Bürger darüber abstimmen zu lassen?

Auf den Fahrplan der parlamentarischen Beratung hat der Bundesrat bekanntlich keinen Einfluss. Aber das Energiegesetz unterliegt dem fakultativen Referendum. Falls genügend Unterschriften gesammelt werden, werden die Bürgerinnen und Bürger über das neue Gesetz abstimmen können. Zudem stehen zwei Volksinitiativen im Raum betreffend Atomausstieg und Energieeffizienz. ◀

Wie bitte?

Frau Lorieuthard

«M» eine Damen und Herren, Politik bedeutet, und davon sollte man ausgehen, das ist doch, ohne darum herumzureden, in Anbetracht der Situation, in

der wir uns befinden» – ziemlich unklar. Also nochmals von vorn: Politik bedeutet, davon muss man ausgehen, dass mit vielen Worten wenig Aussagen gemacht werden. Bei Lorient führt das zu Komik erster Güte. Im Alltag hingegen zu leichtem Ärger.

Die Arbeit am Dossier zur Energiewende (vgl. Nr. 1017) hat die Redaktion zu vielen kritischen Fragen geführt. Neugierig und wissensdurstig haben wir deshalb die Energieministerin gebeten, sich mit einigen unserer Überlegungen auseinanderzusetzen und ein paar unserer praktischen Fragen zu beantworten. Über ihre Bereitschaft, dies zu tun, haben wir uns sehr gefreut – bis das Resultat ins Haus flatterte und sich leise Enttäuschung bis mittellaut vorgetragener Arbeitsfrust breit machte: Wie wollte man nur schon einen Titel finden für Sätze, die nichts festhalten und nach mehrmaligem Lesen nicht an Schärfe, sondern bloss an Schwammigkeit gewinnen?

Zugegeben: Energiepolitik ist hochkomplex, überdies, zumal zu Wendezeiten, gezwungen, mit zahlreichen Unbekannten zu rechnen, und mithin also prädestiniert für unscharfe «Potentiale» und «Prioritäten». Selbst wenn man diese Unwägbarkeit in Rechnung stellt, darf aber erstaunen, dass das Bundesamt Fragen, die auf Lebensrealitäten zielen, als «nicht beantwortbar» klassifiziert und zur Streichung empfiehlt. Wohlverstanden: wir wollten weder wissen, aus welcher Höhe man ein Steak fallen lassen muss, damit es durchgebraten auf der Erde landet, noch wie viel Energie aus einem Lichtschwert von Yoda zu gewinnen ist (denn die Antworten auf diese Fragen kennen wir bereits: xkcd.com). Vielmehr hätte uns interessiert, wie hoch eine Lenkungssteuer sein muss, damit sie zum Sparen veranlasst, und für wie viele Haushalte eine Stromverteuerung um 50 Prozent ein wirtschaftliches Problem bedeuten würde. Aber solche Fragestellungen sind der Politik zu hypothetisch.

«Meine Damen und Herren, wir wollen nicht vergessen, draussen im Lande, und damit möchte ich schliessen. Hier und heute stellen sich die Fragen, und ich glaube, Sie stimmen mit mir überein, wenn ich sage...» (CM)